

P. B. Nr. 3

dodis.ch/30576

Alfred Escher an Friedrich Traugott Wahlen, 4. Februar 1963

AUSWIRKUNGEN DES FRANZÖSISCH-DEUTSCHEN VERTRAGES

Von einem Sektionschef im Auswärtigen Amt (X.) sowie vom Europa-Unterabteilungsleiter im Bundespresseamt (Y.) erhielt Dr. Hartmann folgende Informationen:

1) BEZIEHUNGEN BONN-WASHINGTON

Gemäss X. sank im Weissen Haus das Stimmungsbarometer gegenüber der Bundesrepublik nach dem Abschluss des französisch-deutschen Vertrages auf den Nullpunkt. Adenauer hatte von Paris aus noch versucht, Kennedy in einem Schreiben seine Haltung darzulegen, jedoch mit negativem Erfolg. Der US-Präsident hat dem Überbringer des Briefes, Botschafter Knappstein,⁶²⁹ gegenüber in kaum verhüllter Offenheit sein Missfallen über den für ihn unbegreiflichen Schritt der Bundesrepublik zur Unterstützung der de Gaulle'schen Extravaganz kundgetan. Kennedy erklärte u.a., ob man denn in Bonn vergessen habe, dass 400'000 US-Soldaten zur Verteidigung Deutschlands bereitstünden, währenddem de Gaulle kaum zwei Divisionen für diesen Zweck einsetzen könne; Deutschland zuliebe habe man in

629 Karl Heinrich Knappstein * 15.4.1906 Bochum, † 6.5.1989 Bad Homburg; Journalist, Diplomat, 1937–1945 Schriftleiter «Frankfurter Societätsdruckerei», 1945–1949 hess. Staatsdienst, 1948/49 Pressechef Verwaltungsrat Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Frankfurt/M., 1950 ff. AA, 1951–1956 Generalkonsul Chicago, 1956–1958 Botschafter Madrid, 1958–1960 AA, stellv. Staatssekretär, 1960–1962 UNO-Beobachter, 1962–1969 Botschafter Washington.

Washington auf die Konstitution des französischerseits gewünschten Dreierkomitees in der NATO verzichtet, Deutschland zuliebe habe man die Idee der multinationalen Atomstreitmacht entwickelt usw.⁶³⁰

Als Antwort darauf habe sich nun die Bundesrepublik der de Gaulle'schen Politik verschrieben. In diesem Jargon habe sich gemäss Telegramm der Botschaft in Washington der erzürnte US-Präsident vernehmen lassen. Die Rückwirkung in Bonn blieb nicht aus. Vor allem Schröder und seine Anhänger haben sich anschliessend noch in vermehrtem Mass zum Ziel gesetzt, den negativen Effekt des Sonderbundes auf Washington nach Tunlichkeit zu mildern. Aber auch für den Kanzler wurde die Situation unangenehm. Sowohl die heftige Reaktion Kennedys als auch die einseitige Ablehnung der de Gaulle'schen Haltung durch die vier anderen EWG-Länder haben ihn dazu bewogen, sich in letzter Stunde noch dazu zu verwenden, de Gaulle von einem abrupten Abbruch der Verhandlungen in Brüssel abzuhalten. Ein direktes Telefongespräch mit dem französischen Staatspräsidenten vom Montag, 28. Januar, sei indessen erfolglos geblieben.

Neuerdings hat sich nunmehr Robert Kennedy⁶³¹ in weniger harten Worten geäußert, woraus der Leiter im Auswärtigen Amt die Hoffnung schöpft, dass der

630 Dazu die Version des Spiegel in Nr. 8/20.2.1962: «Adenauer hatte Kennedy – unmittelbar nach der Kuß-Szene im Elysée – einen Brief geschrieben. Als Knappstein ihn im Weißen Haus abgab, überfiel ihn der Präsident mit Beschuldigungen, deren schwerwiegendste die Behauptung war, die US-Regierung sei nicht vollständig über den Inhalt der französisch-deutschen Verhandlung unterrichtet worden. Dahinter gewitterte der Verdacht Kennedys, daß der Bundeskanzler und de Gaulle insgeheim Abmachungen getroffen haben, die letztlich eine finanzielle Förderung des Force-de-frappe-Projekts durch die Bundesrepublik bezwecken. Kennedy am Ende der Audienz zu Knappstein: «Wollen Sie wirklich alles vergessen, was wir für Sie in den letzten fünfzehn Jahren getan haben?» Obwohl man in Bonn an Gefühlsausbrüche des Präsidenten gegenüber deutschen Botschaftern gewöhnt ist (Kennedy-Sekretär Salinger über den Knappstein-Vorgänger Grewe: «Der Präsident kann dessen Anblick nicht ertragen!»), war Bonn über Knappsteins Bericht entsetzt. Der Bundeskanzler beschloß daraufhin, den Außenamts-Staatssekretär Carstens zu einem Versöhnungsbesuch nach Washington zu entsenden. Am Freitag vorletzter Woche kehrte Carstens nach Bonn zurück. Nach dem Ergebnis seiner Reise gefragt, benutzte er jene diplomatischen Chiffren, mit denen gebräuchlicherweise eine nicht völlig geglückte Mission beschrieben wird: Das Gespräch mit Kennedy sei nützlich und notwendig gewesen. Der Bundeskanzler, der sich von Carstens unmittelbar nach dessen Rückkehr hatte Bericht erstatten lassen, war Anfang vergangener Woche bestürzt, wie tief Kennedys Mißtrauen gegen ihn, den Kanzler, sitzt. Zwar berichtete Carstens, daß seine Aufklärungsmission eigentlich nur in einem Punkt gescheitert sei, nämlich bei dem Versuch, dem US-Präsidenten die Politik de Gaulles zu erläutern. Aber in Bonn verhehlt man sich nicht, daß sich dieser – trotz der Carstens-Mission – anhaltende Verdacht gegen de Gaulle eben nicht bloß auf den Franzosen, sondern letztlich auch auf Adenauer bezieht. Der Kanzler machte seiner Bedrückung vermittels eines Stoßseufzers über Kennedy Luft: «Dat is nu mal ne nervöse junge Mensch, da kann man nichts dran machen.»»

631 Robert Kennedy (1925–1968), US-Politiker, Bruder John F. Kennedys u. dessen engster Berater, 1951 ff. Justizministerium, wdh. Wahlkampfmanager der Demokratischen Partei, 1961–1964 Justizminister; kam 1968 bei einem Attentat in Los Angeles ums Leben.

Tiefpunkt überschritten sei. Für X. besteht jedoch kein Zweifel daran, dass sich Adenauer durch sein enges Zusammengehen mit Frankreich in USA unbeliebt gemacht hat und dass es künftig nicht leicht sein wird, den Schaden einigermaßen zu beheben. Staatssekretär Carstens wurde nunmehr beauftragt, nach Washington zu reisen, um das Seinige zur Besserung des Klimas zu tun.

Verschiedene innenpolitisch wichtige US-Parlamentarier haben ihre Stimme gegen den Vertrag und insbesondere auch die Rolle Deutschlands erhoben, so Mansfield,⁶³² der den von de Gaulle hochgespielten Aussöhnungsakt für völlig überflüssig hält. Damit werde nur der Grand Design der Amerikaner gestört. Man sei sich in Bonn bewusst, dass derartige Stimmen amerikanischer Senatoren nicht zur Besserung der Situation beitragen.

2) BEZIEHUNGEN BONN-PARIS

X., der für die Mehrheit der Beamten im Auswärtigen Amt zu sprechen glaubt, hält seinerseits die ganze Versöhnungssymbolik samt dem Staatsvertrag für einen «coup de théâtre», womit de Gaulle eine geeignete Atmosphäre zur Verwirklichung seiner hegemonialen Ansprüche zu schaffen versuchte. Adenauer, sonst ein kühler, wendiger Kalkulator, sei gefühlsmässig hoffnungslos auf die Aussöhnungsidee versessen, weshalb er sich in Paris in den wesentlichen Vertragspunkten de Gaulle ohne weiteres angeschlossen habe. Die deutsche Delegation sei fast ohne Vertragstexte nach Paris gereist. Die meisten Texte seien sodann im Galopp tempo nach französischen Direktiven «sur place» erstellt worden. In gewissen Fällen, wo deutscherseits Texte ausgearbeitet worden waren, die mit den französischen nicht übereinstimmten, habe der Kanzler angeordnet, man solle «zur Vereinfachung der Dinge» lediglich den französischen Text übersetzen. Dieses Vorgehen veranschaulichte gemäss X., wie sehr es dem deutschen Partner an der Äusserung einer eigenen Willensrichtung fehlte.

Immerhin zeigte es sich auch in Paris, dass Schröder im Rahmen des Möglichen darauf hinwirkte, nicht allzu sehr den Eindruck eines Sonderbundes mit französischem Übergewicht aufkommen zu lassen. Er sei in der Tat darüber ungehalten, dass de Gaulle kurz vor dem Abschluss des Konsultationsvertrages den entscheidenden Schritt gegen England unternommen habe, ohne Bonn zu begrüssen. (X. räumt allerdings ein, dass Adenauer persönlich möglicherweise im Bild gewesen ist). Um zu verdeutlichen, dass die Konsultationsbestimmung nicht als Verpflichtung zur nachträglichen Orientierung der Bundesrepublik zu verstehen sei, liess Schröder bereits in Paris dagegen protestieren, dass Präsident de Gaulle ohne Rückfrage in Bonn dem dänischen Ministerpräsidenten⁶³³ die Aufnahme

⁶³² Mike Mansfield (1903–2001), US-Politiker, 1943–1952 Repräsentantenhaus, 1953–1977 Senator für Montana; fiel wdh. mit unorthodoxen Vorschlägen zur Außenpolitik, besonders in der Berlinfrage, auf, sprach sich zgl. oftmals für die Reduzierung der US-Truppen in Europa aus.

⁶³³ Jens Otto Krag (1914–1979).

Dänemarks in die EWG angeboten habe. Zur Schonung de Gaulles wurde dieser Schritt im Quai d'Orsay allerdings geheimgehalten. Es darf aber als gutes Omen gewertet werden, dass sich Schröder diese erste Verletzung des französisch-deutschen Vertrages nicht gefallen liess.

3) DE GAULLES ZIELSETZUNG

Y., der am Pariser Besuch teilnahm, schreibt dem General folgende allgemeinen Überlegungen hinsichtlich der Zukunft Europas zu:

Da der Sowjetblock selbst in grossen Schwierigkeiten sei, habe er ein Interesse daran, den Status quo in Europa einfrieren zu lassen. Die amerikanische Planung, die zwar auf einen bilateralen Ausgleich mit Moskau hinarbeite, mache vor allem den Fehler, dass sie nicht einen stabilen Status anstrebe, sondern durch die Reaktivierung der Wiedervereinigungsfrage gewissermassen einen offenen Status schaffe. Die Sowjets seien auf diese Weise gezwungen, das Gros ihrer Streitkräfte an der europäischen Front bereitzuhalten, worin ein ständiger Gefahrenherd gesehen werden müsse, zumal der atomare Schutz für das westliche europäische Vorfeld amerikanischerseits nicht mehr hundertprozentig garantiert werde. Statt dessen wolle de Gaulle

a) eine eigene, aber nur französische Atomstreitkraft aufbauen, mit der er alle Gelüste auf kleine Konventionalangriffe aus dem Osten unterbinden möchte.

b) den Sowjets gewisse Garantien geben, die es ihnen ermöglichen, ihre militärischen Kräfte anderweitig zu disponieren.

Es sei durchaus möglich, dass der französische Staatsmann bereit ist, in dieser Hinsicht weit zu gehen, also z. B. die Oder-Neisse-Linie, die Neutralisierung der DDR und eventuell ganz Deutschlands usw. akzeptieren würde. Voraussetzung für diesen modifizierten Rapacki-Plan wäre jedoch, dass eine demilitarisierte europäische Zwischenzone mit Einschluss Polens und der Tschechoslowakei geschaffen würde und dass vor allem die US-Truppen vom europäischen Kontinent zurückgezogen würden. Auf der westlichen Seite stünde in dieser neuen Konstellation ein Westeuropa unter französischer Führung, dem Grossbritannien nicht angeschlossen wäre. Hierbei handle es sich, wie Y. betont, allerdings um noch weit im Bereich der Spekulation liegende Gedankengänge, jedoch auch um solche, die der französische Präsident im Gespräch mit Vertrauten schon wiederholt angedeutet habe. Tatsache sei indessen, dass de Gaulle im Begriff sei, ein Gespräch mit Moskau anzubahnen, und man sollte nicht erstaunt sein, wenn sehr bald ein Besuch des französischen Präsidenten in der UdSSR zustande käme. Der kürzliche Besuch Winogradows⁶³⁴ bei de Gaulle habe übrigens bereits solche Pläne zum Gegenstand gehabt.

634 Sergej Winogradow (1907–1970), sowjet. Diplomat, 1940–1948 Botschafter Ankara, 1948–1953 Außenministerium Moskau, 1953–1965 Botschafter Paris, 1967–1970 dgl. Kairo.